



EINSATZ: Die Helikopter der „Naval Forces“ der EU sind ein wichtiges Instrument zur Aufklärung von Piratenaktivitäten vor Somalias Küste.



Piraten im Visier

**Robusteres „ATALANTA“-Mandat, mehr Sicherheitskräfte an Bord:
Das brutale Geschäft der Piraten wird durch vereinte Anstrengungen
von Politik und Reedern erschwert. Doch es kann noch keine
Entwarnung gegeben werden.** Von Hanns-Stefan Grosch



ERFOLG: Gefangene Piraten an Bord ihres Skiffs. Im Hintergrund eine portugiesische Fregatte.

Die EU hat Mitte Mai Härte gegen die Piraten am Horn von Afrika demonstriert. Erstmals nach der Ausweitung der „ATALANTA“-Mission griffen Soldaten Ziele der Seeräuber am Strand von Somalia an. Die EU-Außenbeauftragte Catherine Ashton sprach von einer „erfolgreichen Mission“ und erinnerte an die entführten Seeleute, die in der Hand von Kriminellen sind. Marineeinheiten hatten einen Luftschlag gegen die Infrastruktur der Piraten am Küstenstreifen durchgeführt, bei dem offenbar keine Menschen zu Schaden kamen. Der Einsatz wurde von der somalischen Übergangsregierung mitgetragen und ist von einer Resolution des UNO-Sicherheitsrates gedeckt.

„Wir glauben, dass diese Aktion der EU-Marine Streitkräfte den Druck auf die Piraten erhöht und ihre Bemühungen unterläuft, Handelsschiffe und Daus (kleine Transportsegler) auf See anzugreifen“, sagt

der Kommandeur der „ATALANTA“-Mission, der britische Konter-Admiral Duncan Potts. Die EU NAVFOR-Streitkräfte, die derzeit aus neun Kriegsschiffen und sechs Aufklärungsflugzeugen bestehen, hätten bei der erweiterten Aktion zur Störung der Piraten-Aktivitäten keinen Fuß auf somalischen Boden gesetzt.

Votum des Deutschen Bundestags

Der Deutsche Bundestag hatte einige Tage zuvor mit der Mehrheit der Koalitionsfraktionen von CDU und FDP für eine Ausweitung des Mandats votiert. „Der Beschluss zur Verlängerung des europäischen ATALANTA-Mandats ist ein wichtiges Signal für unsere Seeleute und die deutsche Schifffahrt“, sagte der Hauptgeschäftsführer des Verbands Deutscher Reeder (VDR), Ralf Nagel. Piraterie sei massenhafte organisierte Schwerstkriminalität, die Leib, Leben und Gesundheit friedlicher Seeleu-

te bedrohe und zerstöre. „Der Einsatz der Deutschen Marine“, so Nagel, „ist für die Bekämpfung der Piraterie unverzichtbar. Wir sind den Soldatinnen und Soldaten für ihren Einsatz zum Schutz unserer Seeleute sehr dankbar.“

Nagel unterstrich die Position des VDR auch bei einem Besuch mit dem Parlamentarischen Staatssekretär beim Bundesminister der Verteidigung, Thomas Kossendey, Ende Mai in Dschibuti anlässlich der Übergabe des deutschen NAVFOR-Kommandos an den Kapitän der Fregatte „Bremen“.

Deutschland beteiligt sich derzeit mit 340 Soldaten an der „ATALANTA“-Mission. Unter dem Kommando von Fregattenkapitän Ingolf Schlobinsky löst die „Bremen“ mit ihrer rund 220-köpfigen Besatzung den Einsatzgruppenversorger „Berlin“ ab. Bei der Erfüllung ihres Auftrages wird die „Bremen“ durch zu- →

Foto: Bundeswehr/ Björn Wilke, EU NAVFOR, NATO

→ sätzliches Personal unterstützt. Neben einem Boarding Sicherungsteam (BST) und einem Vessel Protection Detachment (VPD) befinden sich für den Einsatzzeitraum auch eine Bordfacharztgruppe, ein Rechtsberater sowie Feldjäger und ein Sprachmittler an Bord. Weiterhin wird die Fregatte durch zwei Bordhubschrauber vom Typ „Sea Lynx“ des Marinefliegergeschwaders 3 aus Nordholz verstärkt.

Bei der Entscheidung zur Verlängerung und Ausweitung des „ATALANTA“-Mandats hatte sich die Opposition überwiegend verweigert. Bundesaußenminister Guido Westerwelle kritisiert das Abstimmungsverhalten als „bedauerlich und falsch“ (s. Interview nächste Seite).

Das Ende März von der EU erweiterte Mandat erlaubt Angriffe aus der Luft auf Ziele wie Boote und Treibstofftanks an der somalischen Küste. Bodeneinsätze bleiben allerdings verboten – außerdem dürfen nur Ziele in maximal zwei Kilometern Entfernung zur Küstenlinie attackiert werden. Basis aller Aktionen ist die UN-Resolution 1851 von Dezember 2008, wonach alle an der Seeräuberbekämpfung beteiligten Staaten berechtigt sind, „in Somalia

ABSCHIED: Die Soldaten der „Berlin“ befreiten während ihres „ATALANTA“-Einsatzes 25 Geiseln aus der Hand somalischer Piraten. Der Gruppenversorger wurde inzwischen von der Fregatte „Bremen“ abgelöst.



Die EU-geführte Operation „ATALANTA“ hat zum Ziel, den humanitären Zugang nach Somalia durch en Schutz von Schiffen des Welternährungsprogramms (WEP) und der Mission der Afrikanischen Union in Somalia („AMISOM“) sicherzustellen, die aktiven Piraten vor der Küste Somalias und seinen Nachbarländern abzuschrecken und die Seeräuberei einzudämmen.

Hintergrund: Mission „ATALANTA“

Die Operation soll zum einen die durch Piratenüberfälle gefährdete humanitäre Hilfe für die Not leidende somalische Bevölkerung sicherstellen. Zum anderen trägt die Operation dazu bei, den zivilen Schiffsverkehr auf den dortigen Handelswegen zu sichern, Geiselnahmen und Lösegeldpressungen zu unterbinden und das Völkerrecht durchzusetzen.

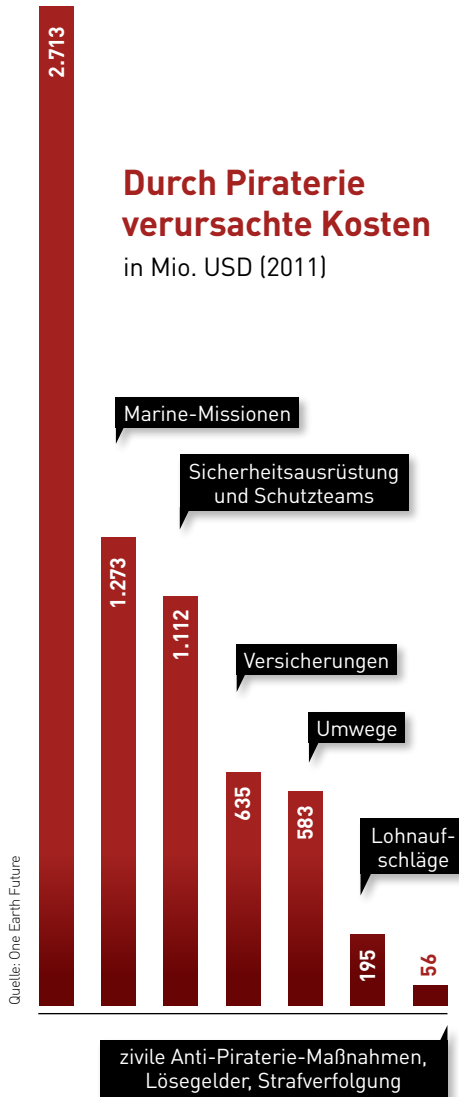
Im September 2008 wurde zunächst eine Zelle (EU NAVCO) eingerichtet, die den Auftrag hatte, im Rahmen der Resolution 1816 des UN-Sicherheitsrates vom 2. Juni 2008 den Schutz des Schiffsverkehrs vor der somalischen Küste zu koordinieren. An-

fang November 2008 beschloss die EU im Rahmen der Mission EU NAVFOR Somalia (Operation „ATALANTA“), Kriegsschiffe und Soldaten zur Bekämpfung der Piraterie vor die Küste Somalias zu entsenden und die bisherige NATO-Operation „Allied Provider“ abzulösen. Die EU-Operation begann am 8. Dezember 2008 mit französischen und britischen Schiffen. Sie war zunächst auf zwölf Monate begrenzt. Am 8. Dezember 2009 erfolgte eine Verlängerung. Am 7. Dezember 2010 wurde die Operation vom Rat der EU um zwei weitere Jahre bis Dezember 2012 verlängert. Auch der Deutsche Bundestag hat das Mandat am 10. Mai verlängert.

Höhere Geschwindigkeit



Foto: Bundeswehr/Bergold



Ebenso wie die deutschen Reeder drängt der Bundesverband der Sicherheitswirtschaft (BDSW) auf eine schnelle Umsetzung und rechtliche Klarheit. „Im Moment ist das eine Grauzone“, so BDSW-Präsident Wolfgang Waschulewski. Laut BDSW setzt derzeit jede dritte Reederei private bewaffnete Sicherheitskräfte für die gefährliche Passage vor Somalia ein. Das ist zwar teuer – aber bei den oft millionenschweren Ladungen wollen viele Reeder keine Risiken mehr eingehen.

Im vergangenen Jahr kam es allein vor Somalia zu 230 bewaffneten Überfällen auf Schiffe – offenbar waren sie aber überall dort erfolglos, wo bewaffneter Schutz an Bord war. Immer noch sind rund zwei Dutzend Schiffe und mehr als 250 Geiseln in der Hand der Piraten. Nur mit Lösegeld in Millionenhöhe können die Reedereien ihre Schiffe nach Monaten wieder auslösen – für die Geiseln eine traumatische Erfahrung.

Bisher sind im Wesentlichen britische und amerikanische Sicherheitsunternehmen im Einsatz, ab 2013 werden wohl auch deutsche Wachleute an Bord gehen. Anfang des kommenden Jahres will die →

zum Zweck der Unterdrückung von Akten der Piraterie und bewaffneten Raubes auf See alle notwendigen und angemessenen Maßnahmen zu ergreifen“.

Operation Selbstschutz

Immer mehr Reeder setzen mittlerweile auf bewaffnete Sicherheitskräfte an Bord. Anders lassen sich die Mannschaften auf vielen Schiffen nicht mehr schützen. Das bestätigt auch Hermann Ebel, Chef von Hansa-Treuhand. Er beziffert die Kosten für ein bewaffnetes Team für die Passage ums Horn von Afrika auf knapp 100.000 Dollar. Doch Versicherungen verlangen für die Durchquerung der Piratengebiete horrenden Zuschläge auf die Prämien oder wollen die Schiffe überhaupt nicht versichern, falls keine bewaffneten Sicherheitskräfte an Bord sind. Weil der Einsatz

der privaten Sicherheitsdienste derzeit für Schiffe unter deutscher Flagge noch nicht möglich ist, kam es vereinzelt – etwa bei Hamburg Süd – zu Umflaggen.

Zwar hatte sich die Bundesregierung bereits Ende 2011 auf ein Konzept für den Einsatz bewaffneter privater Sicherheitskräfte auf Schiffen deutscher Flagge geeinigt. Doch mit der Umsetzung hapert es bisher. Die Entscheidung des Bundestages mache den VDR aber zuversichtlich, so das geschäftsführende Präsidiumsmitglied Ralf Nagel, dass die notwendigen gesetzlichen Regelungen für die Zulassung von privaten bewaffneten Sicherheitsteams an Bord von Schiffen unter deutscher Flagge zügig verabschiedet werden können, sobald die Regierung einen entsprechenden Gesetzentwurf in das Parlament eingebracht hat.



Foto: Thomas Wiegold

BESUCH: VDR-Hauptgeschäftsführer Ralf Nagel (M.) reiste anlässlich der Kommandoübergabe der deutschen Marine nach Dschibuti, um den Soldaten vor Ort für Ihren Einsatz zu danken. Hier im Bild vor der Abreise mit Staatssekretär Thomas Kossendey (l.) und dem Bremer FDP-Bundestagsabgeordneten Torsten Staffeldt (r.).

INTERVIEW



GEFAHR: Piraten an Bord des ukrainischen Frachters „MV Faina“, der von US-Marinesoldaten befreit wurde.



→ Bundesregierung ein entsprechendes Verfahren starten.

Mit der Zulassung will die Regierung den Einsatz von Bewaffneten auf den Handelsschiffen in kontrollierte Bahnen lenken. Ursprünglich hatten sich die Reeder vom Staat Schutz der Schiffe durch Polizisten oder Soldaten gewünscht. Dies hatte Berlin aber abgelehnt. „Man muss jedoch im Dialog bleiben über weitere Schutzmaßnahmen hoheitlicher Kräfte. Der VDR verweist auf seine Vorschläge zum unmittelbaren Schutz der Besatzungen von besonders gefährdeten Schiffen unter deutscher Flagge auch durch Bundespolizisten und Marinesoldaten“, so Nagel. Dafür habe sich auch der Bundesrat ausdrücklich ausgesprochen – zuletzt in seinem Beschluss vom 30. März 2012.

Unflexible Marine-Konvois

Die internationale Schutztruppe – die EU-Mission „ATALANTA“ und eine von den USA geführte Task Force – bietet Handelsschiffen vor allem an, in Konvois durch die gefährlichen Zonen zu fahren. Für viele Reeder aber sind die Zeitfenster dafür zu unflexibel, im weltweiten Frachtgeschäft kostet jeder Tag des Wartens viel Geld.

Der Reeder Thomas Rehder, der auch Vizepräsident des europäischen Reederverbands ECSA ist, forderte von der Bundesregierung ein größeres militärisches Engagement: „Gemessen an der Größe Deutschlands und der Bedeutung des Handels für unser Land ist der Umfang der Beteiligung eine Schande.“ Angesichts der „menschlichen Tragödie“, die eine Geiselnahme für die betroffenen Seeleute bedeute, sei die Regierung in der Pflicht. ■

Fotos: ASF, photothek, U.S. Navy

CHEFDIPLOMAT: Bundesaußenminister Dr. Guido Westerwelle (FDP).

DEUTSCHE SEESCHIFFFAHRT: Herr Außenminister, der Deutsche Bundestag hat die Ausweitung des „ATALANTA“-Mandats beschlossen. Was versprechen Sie sich davon?

GUIDO WESTERWELLE: Die Bekämpfung der Piraterie am Horn von Afrika ist erfolgreich, aber wir sind noch nicht am Ziel. Den Piraten gelingt es zwar immer seltener, Schiffe in ihre Gewalt zu bringen, aber es befinden sich immer noch Schiffe und Seeleute in der Gewalt von Piraten.

Die Piraterie bedroht weiter die Hilfslieferungen des Welternährungsprogramms, die für viele Menschen in Somalia überlebenswichtig sind. Sie hat zudem erhebliche negative wirtschaftliche Auswirkungen gerade für die Staaten in der Region – seien es Staaten mit großen Überseehäfen wie Mombasa und Daressalam, seien es die Länder im afrikanischen Binnenland, deren alltägliche Versorgung von diesen Häfen abhängt. Die Piraterie bedroht aber auch die freie Seefahrt. Wir sind überzeugt, dass es nicht nur internationales Recht, sondern auch unsere nationale Pflicht ist, unsere Staatsbürger zu schützen.

Deshalb hat die Europäische Union im Jahr 2008 beschlossen, die Operation „ATALANTA“ einzurichten. Die Operation ist aus Sicht der Bundesregierung weiter notwendig. Mit der Ausweitung des Mandats wollen die 27 EU-Mitgliedstaaten den Einsatz von Waffen und Gewalt weiter erschweren. Wir müssen die Piraterie weiter zurückdrängen und dürfen nicht nachlassen. Hier setzt die zusätzliche Handlungsoption an.

DS: Die Opposition hat ihre Zustimmung verweigert. Wie bewerten Sie das?

„Die Wurzel des Übels Piraterie beseitigen“

Bundesaußenminister Dr. Guido Westerwelle über das „ATALANTA“-Mandat, mögliche Maßnahmen zur Verbesserung des Schutzes deutscher Handelsschiffe vor Piraterie und langfristige Lösungsmöglichkeiten.

WESTERWELLE: Die Bundeswehr ist eine Parlamentsarmee. Deshalb ist bei allen Auslandseinsätzen ein breiter parlamentarischer Rückhalt wichtig. Über die Beweggründe der Opposition, sich einem Konsens bei der Erweiterung des Mandats zu entziehen, möchte ich nicht spekulieren. Die Entscheidung halte ich jedoch für bedauerlich und für falsch. Für die Soldaten der Bundeswehr, die im Rahmen der Mission tätig werden, ist ein breiter Rückhalt im Parlament ein wichtiges Signal der Unterstützung.

DS: Auf Basis des neuen Mandats haben Soldaten erstmals Piratenlager am Strand beschossen. Reicht die Begrenzung auf einen schmalen Küstenstreifen aus?

WESTERWELLE: Das Problem der Piraterie wird dadurch nicht über Nacht beseitigt werden können. Das Vorgehen am Küstenstreifen ist aber eine richtige und sinnvolle Ergänzung. Der Druck auf die Piraten wird damit erhöht und ihr Agieren weiter erschwert.

Bisher hatten wir die Situation, dass „ATALANTA“ befugt war, Boote der Piraten und die Waffen und Ausrüstung darauf zu zerstören, sobald diese Wasser unter dem Kiel hatten. Dieselben Boote und dieselbe Ausrüstung waren aber tabu, sobald sie am Strand lagen. Die Piraten konnten also in aller Ruhe und ohne Risiko Logistikkamer am Strand aufbauen. Erst wenn die Boote samt Ausrüstung auf See waren – und damit ungleich schwerer zu orten und zu ergreifen –, erst dann durfte ATALANTA dagegen vorgehen.

DS: Solange hoheitliche Kräfte für den Schutz nicht zur Verfügung stehen, benötigen die Reeder einen Rechtsrahmen für die Zulassung privater Schutzteams an Bord. Wie geht es damit voran?

WESTERWELLE: Die Bundesregierung hat sich auf ein Konzept zur Zulassung von privaten bewaffneten Sicherheitskräften an Bord von Schiffen unter deutscher Flagge verständigt. Das Konzept sieht zwei wesentliche Bausteine vor. Erstens: In der Gewerbeordnung soll

ein Zulassungsverfahren für maritime Bewachungsunternehmen verankert werden. Die Zulassung soll gemeinsam vom Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle und der Bundespolizei durchgeführt werden. Damit wird die Einhaltung der Leitlinien der IMO gewährleistet. Der Gesetzentwurf zur Einführung eines Zulassungsverfahrens für Bewachungsunternehmen auf Seeschiffen befindet sich derzeit in der Abstimmung innerhalb der Bundesregierung. Zweitens: Durch Änderung der See-Eigensicherungsverantwortung sollen Reeder verpflichtet werden, nur zugelassene Sicherheitskräfte einzusetzen.

DS: Erwarten Sie nach den zunehmenden Piratenüberfällen vor Westafrika dort eine ähnliche Entwicklung wie vor Somalia?

WESTERWELLE: Leider beobachten wir in der Tat auch im Golf von Guinea eine Zunahme der Piraterie, auch wenn das Ausmaß noch nicht die Dimension der Piraterie am Horn von Afrika angenommen hat. Aber auch die Situation am Golf von Guinea erfordert Aufmerksamkeit und ein abgestimmtes Handeln der internationalen Gemeinschaft.

DS: Wie lässt sich das Problem Piraterie nachhaltig lösen?

WESTERWELLE: Wir brauchen einen Gesamtansatz, der auch politische, wirtschaftliche und soziale Faktoren in den Blick nimmt. Das Grundproblem ist der weitgehende Zerfall staatlicher Strukturen in Somalia. Erst wenn es gelingt, hier nachhaltig zu Fortschritten zu kommen, beseitigen wir die Wurzel des Übels der Piraterie. Deshalb beteiligt sich Deutschland an den Bemühungen der internationalen Staatengemeinschaft, zu einer dauerhaften Befriedung und zum Wiederaufbau funktionierender Staatlichkeit in Somalia beizutragen. Entscheidend ist bei der Bekämpfung der

Piraterie, dass wir uns nicht allein auf die Bekämpfung von Symptomen konzentrieren, sondern entschlossen die Ursachen angehen. Auch das erweiterte „ATALANTA“-Mandat ist in eine umfassende Politik zur Befriedung und Stabilisierung Somalias sowohl auf EU- als auch auf deutscher Ebene eingebettet: Mit unserer humanitären Hilfe lindern wir das Leid von Millionen von Menschen. Wir fördern den Aufbau rechtsstaatlicher Strukturen in Somalia und haben zur Erarbeitung eines Verfassungsentwurfs beigetragen.

Wir unterstützen die Schaffung eines sicheren Umfeldes durch unsere Beteiligung an der EU-Trainingsmission Somalia, die somalische Soldaten in Uganda ausbildet, sowie durch die Ausbildung afrikanischer Polizisten zu Trainern und Beratern für die somalische Polizei. Wir steuern erhebliche Mittel zur Mission der Afrikanischen Union in Somalia, „AMISOM“, bei. Wir beteiligen uns an den Anstrengungen der EU und unserer afrikanischen Partner, in den Staaten am Horn von Afrika Küstenwachen aufzubauen. Außerdem wenden wir uns verstärkt der Unterbindung der Finanzströme der Piraterie zu, um Einnahmen aus Lösegeldern versiegen zu lassen.

Der Wiederaufbau einer funktionierenden Staatlichkeit in Somalia ist ohne Zweifel eine schwierige Aufgabe, und niemand weiß, wann die Bemühungen Früchte tragen werden – aber es ist keine vernünftige Alternative, den Versuch nicht zu unternehmen.



SOLIDARITÄT: Teilnehmer des 21. Asean Shipowners' Forum unterstützen die SaveOurSeafarers (SOS)-Kampagne.